

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.

Lage der bosnischen Kriegsflüchtlinge

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest: Der Vertreibungsterror in Bosnien-Herzegowina nimmt zu. Alle Überlegungen hinsichtlich der Trennung nach ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit haben bisher die Anwendung von Gewalt verstärkt. Sowohl die Kämpfe zwischen Kroaten und Muslimen in Zentralbosnien als auch die problematischen Aufteilungsgespräche verschärfen den Druck auf die bosnische Zivilbevölkerung, auf die bosnischen Flüchtlinge innerhalb Bosnien-Herzegowinas und jetzt auch in Kroatien. Der Flug von 500 Flüchtlingen nach Pakistan war ein weltweit beachtetes Signal für die Angst der muslimischen Kriegsflüchtlinge.

Das Ende des Vertreibungsterrors ist nicht abzusehen. Auch ein Friedensschluß droht weitere Vertreibungen nach sich zu ziehen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich die Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE aus Kapitel IV der Erklärung von Helsinki vom 9. Juli 1993 zu eigen zu machen und sich aktiv einzusetzen für die Erarbeitung eines gesamteuropäischen Konzepts zur Festlegung von Kontingenten für alle Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen. Zentrales Anliegen eines solchen Konzepts ist die Verteilung der finanziellen Lasten bei der Hilfe für die benachbarten Staaten und bei der humanitären Hilfe in Bosnien-Herzegowina.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt die Feststellung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE, daß Fluchtbewegungen aus dieser europäischen Region nach Asien keine Lösung auf Dauer sind.

Bonn, den 21. September 1993

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Hans-Ulrich Klose und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

